

# **SG\_VERSICHERUNGSGERICHT IV 2008/234 vom 16. Februar 2009**

Sg Versicherungsgericht, 2009-02-16, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/sg\\_publicationen\\_IV\\_2008\\_234](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/sg_publicationen_IV_2008_234)

FR: SG\_VERSICHERUNGSGERICHT IV 2008/234 du 16 février 2009

IT: SG\_VERSICHERUNGSGERICHT IV 2008/234 del 16 febbraio 2009

## **Regeste**

Art. 16 ATSG. Ermittlung des Invaliditätsgrads mittels Prozentvergleich (Entscheid des Versicherungsgerichts des Kantons St. Gallen vom 16. Februar 2009, IV 2008/234).

## **Erwägungen**

### **E. 1**

Am 1. Januar 2008 sind die im Zuge der 5. IV-Revision revidierten Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (IVG; SR 831.20), der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV; SR 831.201) und des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG; SR 830.1) in Kraft getreten. In materiellrechtlicher Hinsicht gilt jedoch der allgemeine übergangsrechtliche Grundsatz, dass der Beurteilung jene Rechtsnormen zu Grunde zu legen sind, die bei Erlass des angefochtenen Entscheids respektive im Zeitpunkt gegolten haben, als sich der zu den materiellen Rechtsfolgen führende Sachverhalt verwirklicht hat (vgl. BGE 127 V 467 E. 1, 126 V 136 E. 4b, je mit Hinweisen). Die angefochtene Verfügung erging am 16. April 2008, wobei ein Sachverhalt zu beurteilen ist, der vor dem Inkrafttreten der revidierten Bestimmungen der 5. IV-Revision am 1. Januar 2008 begonnen hat. Daher und aufgrund dessen, dass der Rechtsstreit eine Dauerleistung betrifft, über welche noch nicht rechtskräftig verfügt wurde, ist entsprechend den allgemeinen intertemporalrechtlichen Regeln für die Zeit bis 31. Dezember 2007 auf die damals geltenden Bestimmungen und ab diesem Zeitpunkt auf die neuen Normen der 5. IV-Revision abzustellen (vgl. zur 4. IV-Revision: BGE 130 V 445 ff.; Urteil des Bundesgerichts vom 7. Juni 2006, I 428/04, E. 1).

### **E. 2.1**

Unter Invalidität wird die voraussichtlich bleibende oder längere Zeit dauernde ganze oder teilweise Erwerbsunfähigkeit verstanden (Art. 8 ATSG). Erwerbsunfähigkeit ist dabei der durch eine Beeinträchtigung der körperlichen oder geistigen Gesundheit verursachte und nach zumutbarer Behandlung und Eingliederung verbleibende ganze oder teilweise Verlust der Erwerbsmöglichkeiten auf dem in Betracht kommenden ausgeglichenen Arbeitsmarkt (Art. 7 aATSG). Der Grad der für einen allfälligen Rentenanspruch massgebenden Invalidität wird gemäss Art. 16 ATSG durch einen Einkommensvergleich ermittelt, bei dem das Einkommen, das die versicherte Person nach dem Eintritt der Invalidität und nach der Durchführung der notwendigen und zumutbaren Eingliederungsmassnahmen bei ausgeglichener Arbeitsmarktlage erzielen könnte (zumutbares Invalideneinkommen), in Beziehung gesetzt wird zum Einkommen, das die versicherte Person erzielen könnte, wenn sie nicht invalid geworden wäre (Valideneinkommen). Nach Art. 28 Abs. 1 IVG (in der ab

Januar 2004 geltenden Fassung gemäss 4. IV-Revision) besteht Anspruch auf eine ganze Invalidenrente, wenn die versicherte Person mindestens zu 70%, auf eine Dreiviertelsrente, wenn sie wenigstens zu 60% invalid ist. Liegt ein Invaliditätsgrad von mindestens 50% vor, so besteht Anspruch auf eine halbe Rente und bei einem IV-Grad von mindestens 40% auf eine Viertelsrente.

## **E. 2.2**

Um die Invalidität bemessen zu können, ist die Verwaltung und im Beschwerdefall das Gericht auf Unterlagen angewiesen, die ärztliche und gegebenenfalls auch andere Fachleute zur Verfügung zu stellen haben. Aufgabe des Arztes oder der Ärztin ist es, den Gesundheitszustand zu beurteilen und dazu Stellung zu nehmen, in welchem Umfang und bezüglich welcher Tätigkeiten die versicherte Person arbeitsunfähig ist (BGE 125 V 261 E. 4).

## **E. 3**

Was die medizinisch (theoretisch) zumutbare Arbeitsleistung betrifft, kann gestützt auf das Gutachten der MEDAS Zentralschweiz vom 12. Oktober 2007 unbestrittenermassen davon ausgegangen werden, dass der Beschwerdeführer für eine körperlich leichte Tätigkeit in Wechselbelastung ohne häufiges (körpernahes) Heben von über 5 kg resp. seltenes von über 10 kg und unter Vermeidung von rückenhygienisch ungünstigen Körperpositionen zu 100%, für eine rein sitzende Tätigkeit zu 70% arbeitsfähig ist. Umstritten ist jedoch, ob eine derart adaptierte Tätigkeit existiert. Zudem ist die Höhe des Leidensabzugs umstritten. Ausserdem gilt es, zu klären, ob beim Invalideneinkommen auf eine 70%ige oder 100%ige Tätigkeit abzustellen ist.

### **E. 3.1**

Für die Frage, ob der Beschwerdeführer eine ihm noch zumutbare adaptierte Tätigkeit verwerten kann, ist auf den ausgeglichenen Arbeitsmarkt abzustellen. Der Begriff des ausgeglichenen Arbeitsmarktes umschliesst einerseits ein bestimmtes Gleichgewicht zwischen dem Angebot und der Nachfrage nach Stellen; andererseits bezeichnet er einen Arbeitsmarkt, der von seiner Struktur her einen Fächer verschiedenster Tätigkeiten aufweist, und zwar sowohl bezüglich der dafür verlangten beruflichen und intellektuellen Voraussetzungen als auch hinsichtlich des körperlichen Einsatzes. Letzteres gilt auch im Bereich der un- und angelernten Arbeitnehmer (ZAK 1991, S. 321). Daraus folgt, dass für die Invaliditätsbemessung nicht darauf abzustellen ist, ob ein Invaliden unter den konkreten Arbeitsverhältnissen vermittelt werden kann, sondern einzig darauf, ob er die ihm verbliebene Arbeitskraft noch wirtschaftlich nutzen könnte, wenn die verfügbaren Arbeitsplätze dem Angebot an Arbeitskräften entsprechen würden (AHI 1998 S. 291). Es kann nicht davon ausgegangen werden, sämtliche Hilfsarbeiten seien körperlich streng. Vielmehr ist davon auszugehen, dass auf dem oben beschriebenen ausgeglichenen Arbeitsmarkt auch körperlich leichtere Tätigkeiten existieren, wie etwa Überwachungs- und Kontrolltätigkeiten. Derartige Tätigkeiten sind durchaus mit den im MEDAS-Gutachten gestellten Anforderungen an eine adaptierte Tätigkeit vereinbar; dies gilt sowohl für die attestierte 70%ige Arbeitsfähigkeit für sitzende Tätigkeiten als auch für die attestierte 100%ige Arbeitsfähigkeit für wechselbelastende Arbeiten.

### **E. 3.2**

Nachdem der Beschwerdeführer, wie oben dargelegt, seine 100%ige Arbeitsfähigkeit für adaptierte wechselbelastende Tätigkeiten auf dem ausgeglichenen Arbeitsmarkt verwerten

kann, ist - wie die Beschwerdegegnerin im Rahmen ihrer Beschwerdeantwort zu Recht geltend macht - das Invalideneinkommen ausgehend von einer 100%igen (und nicht wie in der angefochtenen Verfügung aufgrund einer 70%igen) Tätigkeit zu bemessen. Dabei ist auf den Tabellenlohn der LSE für den privaten Sektor, Anforderungsniveau 4, abzustellen. Dieser betrug im Jahr 2000 bei einer betriebsüblichen Arbeitszeit von 41.8 Stunden pro Woche Fr. 55'640.--. Dieses Invalideneinkommen liegt über dem Valideneinkommen, verdiente der Beschwerdeführer doch im Jahr 2000 Fr. 50'748.-- (act. G 3.1.8, 3.1.52). Damit im Rahmen des Einkommensvergleichs nur invaliditätsbedingte Differenzen ermittelt werden, ist das Valideneinkommen auf das Niveau des Invalideneinkommens anzuheben.

### **E. 3.3**

Wie oben dargelegt, entspricht das Valideneinkommen vorliegend betragsmässig dem Invalideneinkommen. Der Invaliditätsgrad entspricht unter solchen Verhältnissen dem Grad der Arbeitsunfähigkeit unter Berücksichtigung des Abzuges vom Tabellenlohn (Entscheidung des Eidgenössischen Versicherungsgerichts vom 8. Juni 2005, I 552/04, E. 3.4, und vom 19. November 2003, I 479/03, E. 3.1). Nachdem der Beschwerdeführer in einer adaptierten Tätigkeit zu 100% arbeitsfähig ist und der maximal zulässige Leidensabzug gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung 25% beträgt (BGE 126 V 80, E. 5b/cc), erübrigt es sich vorliegend, den angemessenen Leidensabzug zu beziffern und auf die diesbezüglichen Vorbringen des Beschwerdeführers einzugehen, resultiert nach dem Gesagten doch in jedem Fall ein rentenausschliessender Invaliditätsgrad von maximal 25%.

### **E. 3.4**

Nach dem Gesagten ist die angefochtene Verfügung im Ergebnis nicht zu beanstanden.

### **E. 4.1**

Im Sinne der vorstehenden Erwägungen ist die Beschwerde abzuweisen.

### **E. 4.2**

Dem Beschwerdeführer wurde die unentgeltliche Prozessführung und Rechtsverteidigung am 24. Juni 2008 bewilligt (act. G 6). Wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse des Beschwerdeführers es gestatten, kann er jedoch zur Nachzahlung der Gerichtskosten, der Auslagen für die Vertretung und der vom Staat entschädigten Parteikosten verpflichtet werden (Art. 288 Abs. 1 ZPO/SG i.V.m. Art. 99 Abs. 2 VRP/SG).

### **E. 4.3**

Dem unterliegenden Beschwerdeführer sind die Gerichtskosten in Höhe von Fr. 600.-- aufzuerlegen. Zuzufolge unentgeltlicher Rechtspflege ist er von der Bezahlung zu befreien.

### **E. 4.4**

Der Staat ist zuzufolge unentgeltlicher Rechtsverteidigung zu verpflichten, für die Kosten der Rechtsvertretung des Beschwerdeführers aufzukommen. Der Vertreter des Beschwerdeführers reichte am 30. Juni 2008 eine Kostennote über Fr. 3'693.-- (pauschales Honorar Fr. 4'125.--, Reduktion für unentgeltliche Prozessführung Fr. 825.--, Barauslagen Fr. 132.--, Mehrwertsteuer Fr. 261.--) ein. Dieses Honorar kann gerade noch als angemessen bezeichnet werden. Demgemäss hat das Versicherungsgericht im Zirkulationsverfahren gemäss Art. 53 GerG entschieden: 1. Die Beschwerde wird abgewiesen. 2. Der Beschwerdeführer wird im Sinne der Erwägungen von der Bezahlung

der Gerichtskosten von Fr. 600.-- befreit. 3. Der Staat hat den Rechtsvertreter des Beschwerdeführers mit Fr. 3'693.-- zu entschädigen.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.